

Stadtrat Jena

Beschlussvorlage Nr. 21/0848-BV

Einreicher:
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- öffentlich -



Jena, 19.04.2021

Sitzung/Gremium
Stadtrat der Stadt Jena

am:
27.04.2021

1. Betreff:
Beteiligung der Bürger an Politik vereinfachen

2. Bearbeiter / Vortragender: Datum/Unterschrift
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

3. Vorliegende Beschlüsse zum Sachverhalt:

4. Aufhebung von Beschlüssen: -

5. Gesetzliche Grundlagen:

6. Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt: (in EUR) ja nein

7. Auswirkungen auf das Klima: -

8. Bürgerbeteiligung:

9. Realisierungstermin:

10. Anlagen: -

gez. Dr. Margret Franz / Heiko Knopf
Dr. Margret Franz / Heiko Knopf
Fraktionsvorsitzende

Der Stadtrat beschließt:

- 001** Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Bürgerinnen und Bürger umfassender über Beteiligungsmöglichkeiten an politischen Entscheidungen in Jena zu informieren. Insbesondere sollen die Möglichkeiten zur Einreichung von Petitionen, Bürgerbegehren und Einwohneranträgen und deren Bearbeitungswege einfach erklärt und Informationen zum Bürgerbudget gegeben werden.
- 002** Die Informationen zu Beteiligungsmöglichkeiten sollen gemeinsam mit dem Beirat für Bürgerbeteiligung, den Ortsteilräten und Ortsteilbürgermeister*innen als eine Mitmachoffensive mit niederschweligen Formaten an Bürgerinnen und Bürger herangetragen werden.
- 003** Der Oberbürgermeister wird gebeten, die Entscheidungswege und Ergebnisse des Stadtrates und der städtischen Gremien niederschwellig, transparent und einfach nachvollziehbar für alle Bürgerinnen und Bürger darzustellen.
- 004** Die Ergebnisse sollen sechs Monate nach der Beschlussfassung dem Stadtrat in Form einer Berichtsvorlage präsentiert werden.

Begründung:

Der Begriff »Bürgerbeteiligung« ist vielschichtig und wird sehr unterschiedlich definiert. Im Kern aber ist damit die freiwillige und unentgeltliche Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen gemeint (vgl. Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg 2018).

Die außerparlamentarische Arbeit und politische Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern auch zwischen den Wahlen nimmt eine immer größere Rolle in der politischen Entscheidungsfindung ein. Soziale Bewegungen, Demonstrationen, der Boykott von Produkten oder Petitionen sind nur einige Beispiele. Die Proteste im Rahmen des Jenaer Haushaltssicherungskonzeptes haben verschiedene Protestformen auch an die Stadträtinnen und Stadträte herangetragen. Die zunehmende Nutzung von Bürgerbeteiligungswerkzeugen wie Online-Petitionen weist daraufhin, dass Bürgerinnen und Bürger sich aktiv einbringen möchten, von der Gestaltung des regionalen Lebensumfeldes bis hin zu Bundesangelegenheiten. Bundesweite Petitionsplattformen gewinnen große Reichweiten, beeinflussen politische Entscheidungen und werden zunehmend zu einem Gradmesser.

Eine stärkere und umfassendere Bürgerbeteiligung kann dem Gefühl entgegengewirken, dass die wichtigsten Entscheidungen über die Köpfe der Bürgerinnen und Bürger hinweg und hinter verschlossenen Türen getroffen werden und somit mehr Transparenz und Partizipationsmöglichkeiten schaffen.

Die Menschen fragen sich und auch die Fraktionen, in welcher Form z. B. Petitionen und Einwohneranträge eingereicht werden können. Diese Informationen werden aus Sicht der grünen Fraktion noch nicht genügend transparent durch die Stadtverwaltung aufgearbeitet. Daher ist es notwendig, niedrighschwellige und verständliche Bürgerbeteiligungswerkzeuge für die Stadt Jena zu entwerfen und bereitzustellen. Das Ziel muss sein, dass Bürgerinnen und Bürger verstärkt die Möglichkeit erhalten, an politischen Debatten teilzunehmen, Ideen einzubringen, Vorschläge zu kommentieren – also die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern am politischen Prozess. Dies schafft mehr Bürgernähe vor Ort, mehr Glaubwürdigkeit und mehr Transparenz sowie Aufmerksamkeit für die Probleme, die für die Bürger und Bürgerinnen wichtig sind.